

Wolfszettel

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0,12 Blatz für die achtgespaltene Zeile, außerhalb 0,15 Blatz. Anzeigen unter Text 0,60 Blatz, sonst außerhalb 0,80 Blatz. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Abonnement: Vierteljährig vom 16. bis 30. 6. cr. 1,65 ZL, durch die Post bezogen monatlich 4,00 ZL. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte, Kronprinzstraße 6, sowie durch die Kolporteurs.

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). Postcheckkonto P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2037; für die Redaktion: Nr. 2004

Rücktritt des Kabinetts Pilsudski

Bartel zum Ministerpräsidenten ernannt — Pilsudski scheidet endgültig aus dem politischen Leben aus — Erregung bei den nationalen Minderheiten — Befremden in parlamentarischen Kreisen

Warschau. Gestern nachmittag um 1,30 Uhr, hat Ministerpräsident Marschall Pilsudski dem Präsidenten der Republik das Rücktrittsgesuch des gesamten Kabinetts überreicht. Der Präsident der Republik hat die Demission angenommen und den bisherigen stellvertretenden Ministerpräsidenten Professor Dr. Kasimir Bartel zum Ministerpräsidenten ernannt.

Auf Vorschlag des Ministerpräsidenten Bartel hat der Präsident der Republik als Minister des neuen Kabinetts die Minister mit zwei Ausnahmen ernannt. An Stelle des bisherigen Unterrichtsministers wurde der bisherige Direktor des polnischen Departements des Innenministeriums Kasimir Switalski und an Stelle des bisherigen Verkehrsministers der Ingenieur Alfred Kühn zum Verkehrsminister ernannt. Marschall Pilsudski übernimmt im neuen Kabinet das Kriegsministerium.

Warschau. Wie die am Mittwoch in Warschau erfolgte Umbildung der polnischen Regierung und der Rücktritt Pilsudskis vom Ministerpräsidenten ist als eine Einleitung zum wahrhaftigen endgültigen Ausscheiden Pilsudskis aus dem politischen Leben überhaupt anzusehen. Der Krankheitszustand des Marschalls hat sich soweit verschlechtert, daß er zunächst mindestens

auf 3 bis 4 Monate eine Kur durchmachen und sich von jeder politischen Tätigkeit fernhalten muß. Die Lage ist weiterhin dadurch verschärft worden, daß auch der neue Ministerpräsident Bartel sofort einen mindestens 6wöchigen Erholungsurlaub antreten muß. Die Vertretung Bartels wird der Arbeitsminister Moraczewski übernehmen, während man annimmt, daß die Leitung des Kriegsministeriums dem General Sosnkowski übertragen wird.

Besonders die Ernennung Switalskis zum Unterrichtsminister hat bei den nationalen Minderheiten Erregung hervorgerufen, weil der Minister als Minderheitenfeindlich gilt und in seiner bisherigen Stellung als Chef der politischen Abteilung im Innenministerium hervorragend an den sogenannten „Wahlkreisbräuden“ bei der letzten Wahl beteiligt gewesen sein soll, wodurch große Massen von Minderheitenstimmen verloren gegangen sind. Die Umbildung des Kabinetts hat in parlamentarischen Kreisen Befremden erregt, weil sie ohne Zustimmung mit den Parteien erfolgt ist. In Kreisen der parlamentarischen Opposition erklärt man, daß die Ernennung Bartels wenig günstige Aussichten für die Zukunft biete und die Möglichkeit einer Verschärfung des Streites zwischen Sejm und Regierung entstehen lasse.

Unterworfenen Völker

London. „Der Sozialismus lehnt die politische Beherrschung der Kolonialvölker grundsätzlich ab. Er betrachtet die Aufhebung des Kolonialverhältnisses als eine Voraussetzung einer internationalen Völkergemeinschaft.“ Diese von der Kolonialkommission der Sozialistischen Arbeiter-Internationale in ihrem unlängst veröffentlichten, dem bevorstehenden Internationalen Kongress in Brüssel zu unterbreitenden Resolutionsentwurf formulierte grundsätzliche Erklärung bildet das A und O jeder sozialistischen Kolonialpolitik. Sie wird im Rahmen der sozialistischen Parteien nirgends Widerspruch finden. Wohl aber sind Meinungsverschiedenheiten über die praktischen Folgerungen möglich, die sich aus dieser prinzipiellen Einstellung heraus für die Parteien ergeben. Dabei ist es insbesondere wichtig, daß die sozialistischen Parteien derjenigen Staaten, die keinerlei koloniale Abhängigkeitsgebiete besitzen, sich vor der Aufstellung von Forderungen in der Kolonialfrage hüten, die für die Arbeiterparteien der Kolonialreiche bei ehrlichem Willen undurchführbar sind.

Als erste und selbstverständliche logische Folge scheint sich aus der eingangs aufgestellten, grundsätzlichen Forderung nach Aufhebung des Kolonialverhältnisses das Verlangen nach sofortiger Gewährung der vollen Selbstregierung für die unterdrückten Völker zu ergeben, die in der Form der unmittelbaren Zurückziehung der militärischen und Verwaltungsorgane des Kolonialreiches sich vollziehen müßte. Das ist ja auch die Forderung, in der sich die landläufige Erörterung der Kolonialfrage bewegt. Theoretisch scheint diese sofortige Gewährung der Selbstständigkeit zunächst unanfechtbar zu sein. Aber eine kurze Überlegung zeigt, daß diese Forderung auf so entscheidende und auch für das sozialistische Denken so überzeugende Einwände stößt, daß sie, in ihrer allgemeinen Form wenigstens, als unbrauchbar betrachtet werden muß. Da ist zunächst, als wichtigster Einwand die unbestreitbare Tatsache, daß — sieht man zunächst einmal von Indien ab, wo die Dinge besonders liegen — es in mehr als 95 Prozent aller Kolonialgebiete, Protektorate überhaupt keine auf Selbstregierung abzielende Bewegung gibt, da die Bevölkerung dieser Gebiete noch nicht auf einer Entwicklungsstufe steht, die eine solche Forderung reifen könnte. Nun mag man vielleicht diesen Einwand nicht gelten lassen wollen und darauf verweisen, daß diese Völker ja auch vor ihrer Beherrschung durch ein „Mutterland“, das sich übrigens meistens als ein Stiefmutterland erwiesen hat, sich selbst — wenn auch auf mehr oder minder primitiver Weise — regiert und verwaftet haben und es besser wäre, diese Völker sich selbst zu überlassen als die Verlängerung der Beherrschung durch ein Kolonialreich freiwillig weiter zu dulden. Dieser sehr gebräuchliche Einwand übersieht jedoch vieles. Die europäischen Kolonialreiche haben die einheimischen Institutionen zum großen Teile, bewußt oder unbewußt, zerstört und die Eingeborenen entmündigt. Sie wären also ihrer herkömmlichen Herrschaftsformen verlustig und in den modernen europäischen nicht geschult, vielfach geradewegs der Anarchie ausgeliefert. Das um so mehr, als der unaufrichtige Fortschritt der Zivilisation, d. i. des Kapitalismus und der Technik, die Gesellschafts- und Wirtschaftsformen der betreffenden Länder so verändert haben, daß die Eingeborenen, denen plötzlich die Verantwortung für ihr eigenes Schicksal übergeben würde, unvermittelt Aufgaben gegenüberstünden, denen sie nicht gewachsen sein könnten. Daraus würde sich in zahlreichen Fällen ergeben, daß sich an Stelle des Kolonialreiches, das seinen Militär- und Verwaltungsrat zurückgezogen hat, weiße Siedler, Abenteurer oder einheimische Diktatoren die Herrschaft annehmen würden, die in 90 von 100 Fällen schlimmer wären als die Verwaltungen der Kolonialreiche, die doch im Falle England, Frankreich, Holland und Belgien direkt oder indirekt der Parlamentskontrolle des Heimatlandes unterliegen.

Es ist selbstverständlich und wird auch von keinem Sozialisten bestritten werden, daß die volle Selbstständigkeit überall dort, wo sie von einer Mehrheit der Bevölkerung gefordert wird, unbedingt gewährt werden muß und hierbei die Frage, ob die Eingeborenen sich selbst besser regieren werden als das durch die Kolonialmacht geschehen ist, grundsätzlich ausgeschlossen werden muß. Vorzuziehen muß in einem solchen Falle nur dafür getragene werden, daß die gewährte Selbstständigkeit nicht zu neuer Knechtung im oben angezeigten Sinne führt. Hier eröffnet sich für die Zukunft des Völkerbundes ein Tätigkeitsgebiet, das in der von Völkerbunde (wenigstens auf dem Papier) ausgeübten Mandatskontrolle seine ersten schwächlichen Anfänge besitzt.

Auch der zweite Versuch gescheitert

Berlin. Der zweite Versuch des Abgeordneten Müller-Franken, eine Regierung zu bilden, und zwar auf der Grundlage eines sogenannten Kabinetts der Persönlichkeiten ist heute abend endgültig gescheitert. Müller-Franken schiebt die Schuld an dem übermaligen Scheitern mit Recht dem Zentrum zu, das nun vornehmlich immer wieder den Versuch gemacht hat, diese von den Fraktionen angeblich unabhängige Kabinettsbildung nötigt in das Fahrwasser einer Regierungsbildung zu lenken, bei der alle Entscheidungen über die persönliche Zusammensetzung von den Fraktionen getroffen werden sollten und bei der in diesem Rahmen auch politische Fragen zur Entscheidung gebracht werden sollten.

Der Abg. Müller-Franken erstattete am Mittwoch nachm. um 18 Uhr, dem Reichspräsidenten Bericht über die Verhandlungen, die er seit Freitag mit den Persönlichkeiten geführt hat, die er zur Regierungsbildung vorschlagen wollte. Er sei zuletzt deshalb auf Schwierigkeiten gestoßen, weil die Fraktion der Zentrumspartei ihm erklärt habe, daß sie entweder darauf bestehen müsse, daß der Abg. Dr. Wirth neben dem Verkehrsministerium oder dem Ministerium für die besetzten Gebiete die Stellung des Vizekanzlers erhalte oder, daß das Zentrum an Stelle eines der kleineren Ministerien ein politisches Ministerium erhalte, wie das Reichsministerium des Innern. Da seine Fraktion auf die Bekleidung des Reichsministeriums des Innern durch

den Abg. Cepering nicht verzichten könne, sehe er die Weiterführung aussichtsreicher Verhandlungen nicht mehr als gegeben an. Ohne Hinzuziehung von Vertretern der Zentrumspartei könne er eine Regierung auf einer tragfähigen Grundlage aber nicht bilden. Unter völliger Aufrechterhaltung seiner sachlichen Bedenken gegen die Notwendigkeit der Errichtung des Postens eines Vizekanzlers würde er bereit sein, um das Zentrum zu gewinnen, seine Bedenken zu überwinden. Wer das würde ihm nur neue Schwierigkeiten bereiten, da er wisse, daß auch in der D. R. P. die schwersten Bedenken gegen die Einrichtung des Amtes eines Vizekanzlers bestehen würden. Diese Auffassung wurde bestätigt durch eine Mitteilung, die der Reichsaußenminister am Nachmittag dem Büro des Reichspräsidenten zugekommen liegt.

Der Reichspräsident erklärte, daß er an sich kein Bedürfnis zur die Einrichtung des in der Verfassung und in der Geschäftsordnung der Reichsregierung nicht als regelmäßig vorgeesehenen Amtes eines Vizekanzlers anerkenne, im übrigen auch ablehnen müsse, in Ausübung seiner verfassungsmäßigen Rechte sich von einer Fraktion für die Zusammensetzung des Reichskabinetts bindende Vorschriften machen zu lassen. Er ersuchte den Abg. Müller-Franken, diese seine Entscheidung der Zentrumspartei mitzuteilen und dankte ihm für seine bisherigen Bemühungen um das Zustandekommen einer Regierung.

Die Genfer Sicherheitstagung

Genf. Die dritte Tagung des Sicherheitsausschusses des Völkerbundes wurde am Mittwoch vormittag, mit einer Begrüßungsansprache des tschechoslowakischen Außenministers Beneš eröffnet. Nach einer besonderen Begrüßung des türkischen Gesandten in Bern, Munir Bey, durch den die Türkei erstmalig im Sicherheitsausschuß erscheint, legte Beneš das Arbeitsprogramm dar, zu dem u. a. die Beratung der deutschen Kriegsverurteilungsvorschläge gehört. Diese Vorschläge bezeichnete Beneš als sehr interessant und einer eingehenden Prüfung wert. Der belgische Vertreter Rolin erklärte auf Grund eines Memorandums, daß die Vorschläge wegen der von Frankreich gewünschten Kontrolle, Schwierigkeiten in sich trügen. Jedenfalls sollten einige deutsche Vorschläge verwirklicht werden.

Unter den Delegierten dieser Sicherheitstagung sah man heute bereits den Schweden Lunden als Vizepräsidenten der Tagung, den Engländer Lord Cushendun, den Griechen Palitis und die deutschen Vertreter Staatssekretär von Simson, Geheimrat von Weisjücker und Oberst von Bötticher. Paul Boncour und der russische Beobachter Stein werden noch erwartet.

Zum Schluß der Sitzung dankte der deutsche Vertreter von Simson, für die den deutschen Vorschlägen gewidmeten wohlwollenden Worte und hob insbesondere die Vorträge des Memorandums Nolins hervor, was er juristisch und staatsmännisch für außerordentlich wertvoll hält. Er nahm es als Grundlage der Aussprache an. Die deutschen Vorschläge, erklärte von Simson, seien praktische Maßregeln zur Verhinderung der Kriegsgefahr und müßten daher zu einer Übereinkunft führen.

Chamberlain über die Rheinland-Räumung

London. Außenminister Chamberlain wurde Mittwoch nachmittag im Unterhaus gefragt, ob angesichts der Erklärung des polnischen Außenministers Verhandlungen über weitere Garantien notwendig seien, bevor das Rheinland geräumt würde. Chamberlain antwortete, die britische Regierung habe wiederholt erklärt, daß Großbritannien keine weiteren Garantien übernehmen oder seine Verpflichtungen aus dem Versailler Vertrag erweitern könne. Die britische Regierung besitze vollständig freie Hand hinsichtlich der Räumung des Rheinlandes und sei keine Verpflichtungen irgendwelcher Art irgend jemand gegenüber eingegangen. Verhandlungen über die Räumung seien gegenwärtig nicht im Gange.

Dr. Stresemann besucht Prag

Prag. Wie das Prager Tagblatt erfahren haben will, wird Außenminister Dr. Stresemann, der sich auch in Karlsbad vier Wochen zur Kur aufhalten wird, während dieser Zeit dem Außenminister Dr. Beneš in Prag wahrscheinlich einen Besuch abstatten. Eine Bestätigung dieser Meldung ist noch nicht erhältlich.

Jaspar in Paris

Paris. Dienstag nachmittag traf der belgische Minister Jaspar in Paris ein. Im Laufe des Nachmittags wurde er von Poincaré empfangen.

